

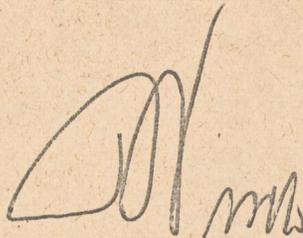
Schriftlicher Verwaltungsbericht für das Jahr 1966
der Landeshauptstadt Wiesbaden

dem Herrn Stadtverordnetenvorsteher
und den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung

vorgelegt

zu der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

am 23. Februar 1967

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized initial 'G' followed by the letters 'Buch' in a cursive script.

Georg Buch
Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt Wiesbaden

S o z i a l a m t
=====

Im Rahmen unserer sozialen Arbeit galt auch in diesem Jahr unsere besondere Aufmerksamkeit der Betreuung alter Wiesbadener Bürger.

Altentagesstätten

Neben den bereits vorhandenen Altentagesstätten in Biebrich und Kastel konnte im Berichtsjahr auch für die alten Kostheimer Bürger eine Begegnungsstätte dieser Art geschaffen werden. Die mit einem Kostenaufwand von rd. 11.000,-- DM geschaffene Einrichtung stellt zwar nur ein Provisorium dar, bietet aber immerhin Platz für 45 Personen. Die Räume sind geschmackvoll eingerichtet und werden gerne von den alten Kostheimer Bürgern aufgesucht.

Mit einem Zuschuß von rd. 26.500,-- DM wurden auch im Jahr 1966 die Altentagesstätten der freien Wohlfahrtsverbände gefördert.

Altenerholung

Gegenüber 300 Personen im Jahre 1965 konnte im Berichtsjahr 345 Personen ein 14-tägiger Erholungsaufenthalt gewährt werden. Der Aufwand hierfür betrug rd. 76.000,-- DM. Für den gleichen Zweck wurde den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege ein Betrag von rd. 19.000,-- DM zur Verfügung gestellt.

Mit einem Kostenaufwand von rd. 10.000,-- DM nahmen daneben rd. 175 alte Bürger an einer Tageserholung von je einer Woche teil. Auch in diesem Jahr nahmen wieder 35 alte Berliner an einem 14-tägigen Erholungsaufenthalt teil und fühlten sich als Gäste der Stadt Wiesbaden recht wohl.

Die kulturelle Betreuung der alten Bürger erfreut sich immer größerer Beliebtheit. So konnten in diesem Jahr rd. 4.500 Eintrittskarten für Vorstellungen im Theater, Kino, für den Besuch von Konzerten und sonstigen Veranstaltungen zur Verfügung gestellt werden.

Essen auf Rädern

Nachdem das Sozialamt in Zusammenarbeit mit dem Arbeiter-Samariter-Bund bereits 1965 diese Maßnahme für etwa 50 alte Personen eingeführt hat, haben nunmehr auch der Caritasverband und das Diakonische Werk gemeinsam eine gleiche Aktion gestartet. Es werden zunächst 85 alte Bürger mit einer warmen Mahlzeit an 5 Tagen in der Woche bedacht. Das Sozialamt hat einen Zuschuß von 1,70 DM pro Mahlzeit zugesichert, soweit Bedürftigkeit vorliegt.

Besucher aus Mitteldeutschland und Ostberlin

Im Berichtsjahr haben wieder bis einschließlich November 5.066 Besucher ihre Angehörigen in Wiesbaden besucht. Neben der Besucherbeihilfe von je 60,-- DM pro Person wurde auch von 846 Besuchern zusätzlich Hilfe zum Lebensunterhalt und Krankenhilfe in Anspruch genommen. Der städtische Anteil an den entstandenen Gesamtkosten beträgt rd. 113.718,-- DM.

Fahrpreisermäßigungen werden auf Beschluß der Stadtverordnetenversammlung an alte sozialschwache Personen und für Kinder und Jugendliche kinderreicher Familien gewährt.

Seit April 1965 erhielten

- a) 3.879 alte Personen und
- b) 56 kinderreiche Familien

Mehrfahrtenkarten; die Kosten hierfür betragen insgesamt rd. 24.000,-- DM.

Auch weiterhin bleibt für uns die Schaffung geeigneter Heimplätze für alte und für pflegebedürftige Personen eine Hauptaufgabe. Die vorhandenen Plätze reichen bei weitem nicht aus. Allein im städt. Alten- und Pflegeheim haben sich 390 Personen für die Aufnahme vormerken lassen. Die Finanzsituation bei der Stadt läßt zur Zeit keinen Raum für weitere Planungen auf diesem Gebiet. Als vordringlich für ihre Verwirklichung müssen hier das "Simeonstift" am Langendellschlag und das Schwesternheim im städt. Alten- und Pflegeheim Wiesbaden-Biebrich genannt werden. Für das Frühjahr 1967 ist der Baubeginn des Altenwohnheimes in Klarenthal vorgesehen. Es soll nach einer Bauzeit von etwa 15 Monaten in 110 Wohneinheiten 150 Personen beherbergen. Die Baukosten werden ca. 4,4 Mio. DM betragen.

Die Einbeziehung Wiesbadens als "Weißer Kreis" hat der Stadt beträchtliche Kosten verursacht. Ganz abgesehen davon, daß der Ruf nach Altenwohnungen immer stärker wird, beträgt der Mehraufwand des Sozialamtes allein für eingetretene Mieterhöhungen jährlich rd. 225.000,-- DM.

Die seit 1962 bzw. 1965 eingeführten Hilfsmaßnahmen für die Eltern geistig behinderter und spastisch gelähmter Kinder finden weithin dankbare Anerkennung und werden als spürbare Entlastung empfunden.

J u g e n d a m t
=====

Kinderspielplätze

Das für das Rechnungsjahr 1966 vorgesehene Programm für die Errichtung von Kinderspielplätzen wurde nur zu einem kleinen Teil erfüllt. Neben der Fertigstellung der im Vorjahr begonnenen 3 Kinderspielplätze konnte nur ein weiterer Spielplatz gebaut werden. Die Zahl der städtischen Kinderspielplätze hat sich damit auf 47 erhöht.

Für das kommende Jahr ist vorgesehen, die in diesem Jahr begonnene Errichtung von 2 Kinderspielplätzen und eines Tummelplatzes zu vollenden, 5 Kinderspielplätze und einen Tummelplatz zu bauen und einen vorhandenen Spielplatz zu überholen.

Die errichteten, begonnenen und geplanten Kinderspielplätze liegen - mit Ausnahme des zu überholenden Spielplatzes - ausschließlich in den Außenbezirken.

Für die Beaufsichtigung der Kinderspielplätze wurden im Berichtsjahr 62 nebenberufliche Spielplatzwärter, zumeist Rentner, eingesetzt.

Kindertagesstätten, Kinderheime, Jugendheime

In der einzigen Kindertagesstätte der Stadt, der Kindertagesstätte Hasengarten, hält die Nachfrage zur Aufnahme von Kindern unvermindert an. Es liegen ständig etwa 100 Anmeldungen vor.

Die geplante Errichtung einer zweiten Kindertagesstätte in Wiesbaden-Bierstadt, Pfingstbornstraße, wird sich im kommenden Jahr nicht verwirklichen lassen.

Der Vorentwurf für den Bau des neuen städtischen Kinderheimes Tränkweg ist jetzt fertiggestellt worden. Wenn die weiteren Planungsarbeiten zügig vorangehen, kann mit dem Baubeginn noch vor Ende 1967 gerechnet werden. Das Land hat inzwischen für dieses Projekt einen Zuschuß von 2.000.000,-- DM bewilligt.

Die Pflegesätze in Säuglings-, Kinder-, Jugend- und Erziehungsheimen stiegen im Berichtsjahr um durchschnittlich 12 % an. Der Pflegesatz in unserem Säuglings- und Kinderheim, Kapellenstraße, mußte von 8,-- DM auf 10,10 DM erhöht werden.

Nach einer Verlautbarung des Sozialausschusses des Hessischen Städtetages ist mit einer generellen Erhöhung der Heimpflegesätze um 15 % zu rechnen.

Im Berichtsjahr wurden den freien Wohlfahrtsverbänden wieder Baukostenzuschüsse gewährt, und zwar für den Bau von Kindertagesstätten und zur Verbesserung eines Kinderheimes 241.600,-- DM, für den Bau von Jugendheimen 49.000,-- DM. Den Wohlfahrtsverbänden wurde für die laufende Unterhaltung ihrer Kindertagesstätten ein städtischer Zuschuß von insgesamt 378.000,-- DM gegeben.

Freizeiten, Berlinbegegnungen, Internationale Begegnungen

Die Jugend- und Familienfreizeiten erfreuten sich wiederum großer Beliebtheit. Die 80 Jugendfreizeiten führten 2.760 Kinder und Jugendliche für durchschnittlich 14 Tage in reizvolle Gegenden des Inlandes, Österreichs und der Schweiz. Für die Familien führten wir 12 Erholungsmaßnahmen durch, an denen sich 112 Familien mit 187 Erwachsenen und 366 Kindern beteiligten. Es ist beabsichtigt, die Familienfreizeiten weniger in

Familienheimen, sondern zunehmend in Familiendörfern durchzuführen, in denen jeder Familie ein einzelnes Familienhaus zur Verfügung steht.

Auch in diesem Jahr gaben wir 245 Berliner Kindern Gelegenheit, sich auf unsere Kosten 3 bzw. 4 Wochen in 3 verschiedenen Jugendheimen zu erholen.

Bei 4 Berlinbegegnungen, die in Zusammenarbeit mit dem Stadtjugendring durchgeführt wurden, konnten 119 deutsche und 19 amerikanische in Wiesbaden ansässige Jugendliche die besonderen Verhältnisse der geteilten Hauptstadt an Ort und Stelle kennenlernen.

Im Rahmen der Internationalen Begegnungen führten wir eine Begegnung in England mit 35 Teilnehmern, 2 Begegnungen in Frankreich mit 34 Teilnehmern und eine Deutsch-Französische Begegnung in unserem Freizeitheim "Haus Wiesbaden", Breitnau (Schwarzwald), mit 21 französischen und 24 deutschen Teilnehmern durch. Wir konnten 2 Gegenbesuche verzeichnen, und zwar den Besuch je einer Gruppe englischer und französischer Teilnehmer.

Jugendpflegerische Veranstaltungen, Jugendschutz

In unserem Haus der Jugend und im Bürgerhaus Kastel führten wir Filmveranstaltungen und Vorführungen von Puppenbühnen, im Bürgerhaus Kastel auch noch Jugendtanzveranstaltungen^{en} durch. Im Haus der Jugend nahmen an 30 Filmveranstaltungen 1.998 Besucher teil, während im Bürgerhaus Kastel 4.261 Personen unsere 34 Filmveranstaltungen besuchten. Im Haus der Jugend sahen sich 1.074 Teilnehmer die 12 Vorführungen der Puppenbühne an, in Kastel waren bei 10 dieser Veranstaltungen 1.641 Teilnehmer zu verzeichnen. Die 3 Tanzveranstaltungen im Bürgerhaus Kastel wurden von rund 750 Jugendlichen besucht. An einer Fahrt zu den Loreley-Festspielen nahmen 170 Personen teil.

In der Zeit vom 25. Mai bis 15. Juni 1966 führten wir ein Jugendschutz-Preisausschreiben für Kinder und Jugendliche von 10 bis 15 Jahren durch. Es galt, verschiedene Fragen über das Gesetz zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit richtig zu beantworten. An die Schulen wurden 14.000 Preisrätsel mit Lösungsscheinen verteilt. Unter den 1.927 eingegangenen Lösungen befanden sich 1.341 richtige Einsendungen. In einer Feierstunde am 28. 6. 1966 im Haus der Jugend überreichte der Jugenddezernent, Herr Stadtrat Feller, den ersten 30 Preisträgern persönlich ihre zum Teil wertvollen Geschenke. Alle Einsender mit richtigen Lösungen wurden mit Trostpreisen, meist Büchern, bedacht.

Vormundschaftswesen

Das Jugendamt hat einen Zugang von jährlich über 300 gesetzlichen Amtsvormundschaften. Dennoch ist die Zahl der vom Jugendamt betreuten Amtsmündel und Amtspfleglinge im Verhältnis zu den Vorjahren weiterhin rückläufig. In allen vertretbaren Fällen ist der Kindesmutter die elterliche Gewalt oder die Einzelvormundschaft übertragen und eine gewisse Anzahl von Amtsvormundschaften in Vereinsvormundschaften übergeleitet worden. Zur Zeit führt das Jugendamt 2.890 Vormundschaften und Amtspflegschaften.

In etwa 600 Fällen mußten Zwangsvollstreckungsmaßnahmen gegen Unterhaltsschuldner eingeleitet werden, um die Unterhaltsansprüche der Amtsmündel zu realisieren. Wegen der Verletzung der Unterhaltspflicht wurden 33 Strafanzeigen gegen Kindesväter erstatet.

Erziehungsbeistandschaften, Heimerziehung, Jugendgerichtshilfe

Im Berichtsjahr konnten nur noch 21 Erziehungsbeistände, die den Personensorgeberechtigten bei der Erziehung eines in der Entwicklung gefährdeten Minderjährigen unterstützen sollen, bestellt werden. Das liegt daran, daß sich immer weniger Persönlichkeiten bereit erklären, diese ehrenamtliche Aufgabe zu übernehmen.

Der Heimerziehung wurden 232 Minderjährige zugeführt, und zwar 134 Minderjährige für die Freiwillige Erziehungshilfe und 98 Minderjährige für die Fürsorgeerziehung. Hierbei ist zu bemerken, daß nach wie vor eine große Not an Heimplätzen besteht. Besonders schwer ist es, Kinder unterzubringen, die die Sonderschule besuchen. Hierbei besteht oft eine Wartezeit bis zu einem halben Jahr.

Den in Heimerziehung und in fremder Familienpflege untergebrachten Kindern und Jugendlichen wird vom Beginn dieses Jahres an ein Glückwunschsreiben zum Geburtstag mit einem kleinen Geldbetrag übersandt.

In dem Männerheim der Heilsarmee ist ein Raum als Jugendbleibe für die kurzfristige Unterbringung aufgegriffener männlicher Minderjähriger eingerichtet worden.

Die Zahl der Fälle der Jugendgerichtshilfe ist um 100 auf 925 gestiegen. Auffällig ist weiterhin die Einwirkung des Alkohols auf die Straftaten.

Pflegekinderwesen, Adoptionen

Die Bemühungen, weitere Familien zur Aufnahme von Heimkindern zu finden, hatten nur einen geringen Erfolg. Insgesamt konnten im Berichtsjahr 30 Kinder in Pflegestellen vermittelt werden.

Die Pflegegelder wurden mit Beginn dieses Jahres von 110,-- DM bzw. 120,-- DM auf einheitlich 150,-- DM monatlich erhöht.

Für die gegenwärtig 500 Pflegekinder wurde im Herbst - wie alljährlich - das Pflegekinderfest veranstaltet. Die Pflegeeltern unterstützten wir in ihrer erzieherischen Aufgabe durch Fachgespräche mit Psychologinnen in mehreren Zusammenkünften. Es ist beabsichtigt, diese Pflegeelternschulung in verstärktem Maße fortzuführen.

Dem Wunsch von Adoptionsbewerbern, ein Adoptivkind aufzunehmen, konnte nur in rund 8 Fällen entsprochen werden. Rund 15 Familien warten noch auf geeignete Kinder zur Annahme an Kindes Statt.

Ausgleichsamt

=====

Wie Ende vergangenen Jahres bereits angekündigt, hat das Ausgleichsamt zu Beginn des Berichtsjahres ein neues Verwaltungsgebäude bezogen. Damit verbunden war eine amtsinterne Umorganisation. Es wurden für die Sachbearbeiter Funktionsräume und für die Schreibkräfte zentrale Schreibzimmer geschaffen, die, verbunden mit dem Einsatz von technischen Hilfsmitteln, eine Personaleinsparung von 13 Stellen ermöglichten. Gleichzeitig wurde eine Straffung im Geschäftsablauf und damit eine flüssigere Erledigung der Geschäftsvorfälle erreicht.

In Zusammenarbeit mit der Zentralen Datenverarbeitung wurde die Auszahlung der Renten auf die maschinelle Abwicklung umgestellt. Damit zusammen hing die Umstellung der Amtskasse auf bargeldlosen Zahlungsverkehr. Hierdurch wurde das Verfahren beschleunigt und darüber hinaus konnten 2 Planstellen eingespart werden.

In materieller Hinsicht stand auch das abgelaufene Jahr wieder im Zeichen der fortschreitenden Entschädigung des berechtigten Personenkreises. Insbesondere zeigten sich im verstärkten Antragseingang die Auswirkungen der neuen Kriegsfolgengesetze, nämlich des Beweissicherungs- und Feststellungsgesetzes für frühere Sowjetzonenbewohner und des Flüchtlingshilfegesetzes.

Leider brachte es die allgemein angespannte Finanzlage wiederum mit sich, daß nicht alle zur Auszahlung heranstehenden Ansprüche durch Barzahlung erledigt werden konnten. Das Amt mußte verstärkt von der Möglichkeit der unbaren Auszahlung in Form von Spareinlagen und Schuldverschreibungen Gebrauch machen.

Ausblick:

Auch für das Jahr 1967 zeichnen sich wiederum Leistungsverbesserungen für die Geschädigten ab, insbesondere in Auswirkung des 9. Rentenanpassungsgesetzes und des zur Zeit in Vorbereitung befindlichen 19. Änderungsgesetzes zum LAG. Allerdings wird die Realisierung dieser neuen Ansprüche auf spätere Jahre hinausgeschoben werden müssen, bis sich die Vermögenslage des Ausgleichsfonds stabilisiert hat. Inzwischen werden in Zusammenarbeit mit der Zentralen Datenverarbeitung alle späteren Auszahlungsfälle nach Merkmalen erfaßt, die dann bei dem jeweiligen Abruf sofort listenmäßig aufgestellt werden können.

Leistungen der Kasse des Ausgleichsamtes im Jahre 1966 (1965):

	<u>(in Tsd.DM)</u>	<u>(in Tsd.DM)</u>
1) Hauptentschädigung	3.194,7	(8.012,3)
2) Kriegsschaden-rente	5.556,2	(6.005,3)
3) Hausratentschädigung	347,8	(264,8)
4) Ausbildungshilfe	66,5	(89,7)
5) Leistungen für den Auf- und Ausbau von Heimen	-	-
Gesamtsumme:	9.165,2	(14.372,1)
	=====	=====

Gesamtleistungen, Stand am 31. 12. 1966:

(i.Tsd.DM)

I. Soforthilfeleistungen (1949-1953)		15.465,8
II. Leistungen des Ausgleichsamtes Wiesbaden:		
1) Hauptentschädigung	58.451,6	
2) Kriegsschadenrente	59.112,7	
3) Hausratentschädigung	39.004,8	
4) Ausbildungshilfe	3.208,0	
5) Leistungen für den Auf- und Ausbau von Heimen	<u>806,6</u>	160.583,7
III. Fremdleistungen:		
1) Eingliederungsdarlehen:		
a) Aufbaudarlehen für die gewerbl. Wirtschaft u. die freien Berufe	12.382,8	
b) Aufbaudarlehen für die Landwirtschaft	1.919,6	
c) Aufbaudarlehen für den Wohnungsbau	27.624,7	
2) WAG für Sparguthaben Vertriebener	4.565,8	
3) Hauptentschädigung durch Begründung von		
a) Spareinlagen	12.086,5	
b) Abschluß von Lebens- versicherungen	404,4	
c) Verrechnung von Aus- gleichsabgaben	82,0	
d) Schuldverschreibungen	<u>5.188,0</u>	<u>64.253,8</u>
Summe I. - III.		<u>240.303,3</u> =====